bericht aus berlin

20.11.2006

Beitrag

Bericht aus Berlin 19.11.2006

Gesetz zur Gleichbehandlung - viele Probleme und Streit in der Union

Vermutlich haben auch Sie noch den Wahlkampf zum Thema Gleichbehandlungs- oder Antidiskriminierungsgesetz im Ohr. Die Union, damals in der Opposition, sagte: Wenn uns dieses Gesetz schon von Brüssel vorgegeben wird, dann setzen wir das eins zu eins um und keinen Jota mehr. Also nicht das, was von der damaligen rot-grünen Regierung noch obendrauf gesattelt worden ist. Das Dumme ist nur: Es ist anders gekommen. Das obendrauf Gesattelte hat auch die Union in der Großen Koalition übernommen, seit August gilt das Gesetz und jetzt haben wir die Malaise inklusive Missbrauch.

Von Andrea Zückert

Diese Stellenanzeige machte Roger Wisniewski zum Opfer einer neuen Abzockermethode. Jetzt spricht er sich ständig mit seinem Rechtsanwalt ab. Der Personalmanager hatte eine Chefsekretärin gesucht. 49 Frauen bewarben sich und ein Mann. Der wollte eigentlich keinen Job, sondern nur abkassieren, weil er sich als Mann angeblich diskriminiert fühlte. Er klagte daraufhin auf drei Monatsgehälter Schadensersatz.

Roger Wisniewski, Managementberater: "Ich habe es dreimal gelesen und als mir dann klar wurde, in welche Richtung das ging, da muss ich sagen, da habe ich mir erstmal eine Auszeit genommen und einen Spaziergang draußen gemacht und ich muss sagen, ich war wirklich empört."

Wisniewskis Anwalt Manfred Hack gewann den Prozess erst nach drei Instanzen. Ein seltener Erfolg, denn meistens gewinnen die Abzocker. Möglich macht es das neue Gleichbehandlungsgesetz, das der Bundestag erst vor fünf Monaten verabschiedet hat. Laut EU-Richtlinie darf niemand wegen seiner Rasse, seiner ethnischen Herkunft und Geschlecht benachteiligt werden. Doch die Regierung fügte noch hinzu: wegen Alter, Behinderung, sexueller Identität und Religion. Die Kritik nimmt kein Ende.

Kurt Lauk, Präsident CDU-Wirtschaftsrat:"Irgendwann gehen insbesondere die kleinen, die mittelständischen Unternehmen in die Knie oder verlagern sich. Und das ist ein massiver Schaden insbesondere für die Arbeitnehmer."

Dieter Hundt, Arbeitgeberverbände: "Wahrscheinlich ist es ein Stück weit Gutmenschtum, die Politik wollte hier den Erziehungsberechtigten für unsere Bevölkerung spielen."

Michael Fuchs, CDU, Parlamentskreis Mittelstand: "Das wird sicherlich zu vermehrter Bürokratie führen, es wird eben zu einer Prozessflut kommen."

Die Prozessflut ist bereits da. Beim Stuttgarter Rechtsanwalt Martin Diller landen seit Wochen fast täglich Schadensersatzklagen wegen angeblicher Verstöße gegen das Gleichbehandlungsgesetz - kurz: AGG. Es ist bereits Profis, die davon leben: "AGG-Hopper".

Martin Diller, Rechtsanwalt: "Jemand bewirbt sich nur auf Stellen, die nur für Sekretärinnen ausgeschrieben sind, macht dann Entschädigungen geltend, wir haben von einem Herren 35 Fälle. Also viele gehen mit 6000, 7000 Euro Vorstellungen und Forderungen da rein und das ist alles steuerfrei."

Kellnerin oder vietnamesischer Koch: Alle Formulierungen müssen jetzt für beide Geschlechter zutreffen. In solche Fallen will der Personalvermittler Michael Labbo nicht fallen. Seine Anzeigen hat er bereits umformuliert für Mann und Frau.

Michael Labbow, Personalvermittler: "Das ist ein Markt, den solche Leute sofort erkennen und letztendlich auch sofort nutzen werden. Und da möchte ich nicht Opfer sein."

Jetzt lässt er sich von seinem Rechtsanwalt Jörg Hennick nachschulen. Dass die

Video

Gesetz zur Gleichbehandlung - viele Probleme und Streit in der Union
-Bericht aus Berlin, 19.11.2006 [mehr]

Arbeitgeber in solchen Arbeitsrechtsseminaren nachsitzen müssen, verdanken sie der Kanzlerin. Sie hatte noch vor der Bundestagswahl jede Regelung über die EU-Richtlinie hinaus abgelehnt.

Angela Merkel, CDU, Bundeskanzlerin, am 3.3.2005: "Wir müssen gucken, dass wir nicht neue Bürokratie aufbauen, zum Beispiel, und das sagen auch die Arbeitgeber, nicht das Antidiskriminierungsgesetz machen."

Heute will sie dazu nicht vor die Kamera. Nicht nur sie.

Nobert Röttgen, CDU, am 15.12. 2004: "In Wahrheit geht es hier um den schärfsten und massivsten Angriff auf die Vertragsfreiheit der Bürger."

Nachfrage jetzt: zwecklos.

Michael Glos, CSU, am 16.3.2005: "Das Antidiskriminierungsgesetz ist idiotisch in meinen Augen."

Und abgetaucht. Die damalige Kritik zog die Union zurück. Sie wich dem Koalitionspartner. Dass das neue Gesetz Abzocker anzieht, gibt selbst die Justizministerin zu. Doch alles nur Einzelfälle, so die Ministerin.

Brigitte Zypries, SPD, Bundesjustizministerin: "Dass jemand behauptet: 'Ich werde nicht genommen, weil…' wird man nicht vermeiden können. Es gibt immer Leute, die sich unberechtigt angegriffen fühlen. Das ist Sache der Gerichte."

Jetzt sind die Gerichte mehr denn je gefragt. Vergangene Woche Prozess in Frankfurt. Lufthansa- Piloten wollen auch jenseits der 60 noch fliegen dürfen. Ein Flugverbot sei Altersdiskriminierung. Das Gesetz, so Kritiker, sei handwerklich schlecht gemacht. Ständig muss der Bundestag redaktionell nachbessern. Auf die Praxis hat das bisher keinen Einfluss.

Kontakt zum Autor: internet@ard-hauptstadtstudio.de

Gesetz zur Gleichbehandlung

Stand: 19.11.2006 21:56 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.